



Pressestatement

Gemeinsame Pressekonferenz mit DGB, IW Köln und IMK
18. November 2019,
10:30 Uhr,
Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin,
Großer Saal

Prof. Dieter Kempf
BDI-Präsident

Es gilt das gesprochene Wort.

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Hausanschrift
Breite Straße 29
10178 Berlin

Postanschrift
11053 Berlin

Telekontakte
T: 030 2028-1450
F: 030 2028-2450

Internet
www.bdi.eu

E-Mail
Presse@bdi.eu

Sehr geehrte Damen und Herren,

Seite
2 von 7

die deutsche Industrie, der Motor der deutschen Wirtschaft, stottert seit fünf Quartalen. Die Gründe sind international: Protektionismus und Handelskonflikte, im Zentrum in Peking und Washington, die anhaltende Unsicherheit über den Brexit, die global dümpelnde Investitionstätigkeit mit all ihren Auswirkungen auf globale Wertschöpfungsnetzwerke. Diese sind gerade für die im Ausland stark engagierte deutsche Industrie von großer Bedeutung.

Dennoch behaupte ich, dass die Ursachen für die schlechte Lage nicht nur in der Welt draußen liegen, sondern auch in Deutschland. Wir Deutschen haben es uns in den vergangenen Jahren zu bequem gemacht auf unserer Couch. Das ist im zehnten Jahr Aufschwung hintereinander kein Wunder.

Wir haben die Boom-Jahre nicht ausreichend genutzt, um Wachstumsvorsorge zu treffen. Deutschland ist zum „Schnarchland“ geworden – und jetzt müssen wir aufwachen.

Wir brauchen ein auf mehrere Jahre angelegtes Programm für deutlich höhere öffentliche und private Investitionen. Aus Sicht des BDI fehlen öffentliche Investitionen in Höhe von einem halben Prozentpunkt der Wirtschaftsleistung – schon heute. Und dies noch ohne die Zusatzanforderungen für den Klimaschutz.

Über diesen Mangel haben Herr Hoffmann und ich bereits auf dem Zukunftsgipfel der Kanzlerin im Sommer in Meseberg gesprochen. Resultat ist die Studie, die Prof. Hüther und Prof. Dullien vorstellen werden. Ich möchte aus Sicht des BDI auf drei Themen näher eingehen.

1. Digitalisierung

Wir benötigen dringend mehr öffentliche und private Investitionen in digitale Infrastruktur, Innovation und neue Technologien wie die künstliche Intelligenz. Dabei geht es in erster Linie um höhere privatwirtschaftliche Investitionen. Der Staat muss investieren, wo der privatwirtschaftliche Ausbau nicht lohnt. Die Fördergelder müssen dort ankommen, wo sie benötigt werden.

Die Bundesregierung versucht seit vier Jahren, den Breitbandausbau voranzutreiben – mit Fördermitteln in Höhe von 4,5 Milliarden Euro. Davon wurden bisher gerade einmal drei Prozent abgerufen. Neben dem Bund müssen sich die Länder und Kommunen in die Pflicht nehmen lassen – mit Blick auf die Vereinfachung und Standardisierung von Genehmigungsverfahren. Also: Schluss mit dem Schnarchland!

2. Mobilität

Der Bund investiert rund 15 Milliarden Euro in die Verkehrsinfrastruktur jährlich. Inklusive der zusätzlichen Investitionen zum Erreichen der Klimaschutzziele im Verkehrssektor muss der Bund im Verkehr in den kommenden zehn Jahren je rund 25 Milliarden Euro in die Hand nehmen: um die Schiene zu digitalisieren, die Stromnetze auszubauen und die Ladeinfrastruktur für E-Mobilität zu schaffen.

Es läuft falsch, wenn sogar Umweltverbände den Ausbau der Schieneninfrastruktur behindern, wie dies am Brenner passiert. Ich appelliere an jeden, sich klarzumachen, dass unser Wohlstand nicht daher rührt, dass alles immer genau so geblieben ist, wie es war. Wenn jeder nur den sprichwörtlichen eigenen Hinterhof im Blick hat, bleibt das Gemeinwohl auf der Strecke, weil verbindende Ziele fehlen.

3. Klima

Erfolgreiche Klimapolitik bedeutet einen tiefgreifenden Umbau unserer Volkswirtschaft; Beispiel Null-Energiehäuser oder Stahlerzeugung mit Wasserstoff. Dies gelingt nur mit massiven Investitionen in allen Wirtschaftssektoren, also in Gebäude, Verkehr, Energiewirtschaft und Industrie. Es muss ein auf Jahrzehnte angelegtes Modernisierungsprogramm geben. Laut unserer Studie „Klimapfade für Deutschland“ sind schon für eine Treibhausgas-Reduzierung von 80 Prozent bis 2050 kumulierte Investitionen von 1500 Milliarden Euro erforderlich.

Notwendig ist vor allem politische Berechenbarkeit; etwa beim Vorantreiben der Wasserstoff-Technologie, bei synthetischen Kraftstoffen oder der Neujustierung von Abgaben und Umlagen auf Strom.

Meine Damen und Herren,
es geht uns nicht in erster Linie darum,
Symptome einer Rezession zu bekämpfen,
sondern Ursachen einer
Wachstumsschwäche anzugehen. Wir wollen
den Industriestandort Deutschland bewahren
und verbessern – für dauerhaften Wohlstand
und dauerhafte Beschäftigung.

Voraussetzung ist für mich eine verstärkte
internationale Zusammenarbeit. Dafür muss
etwa die derzeit national verhandelte
Klimagesetzgebung europäisch
anschlussfähig sein. Deshalb darf der Staat
bei Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen
nicht nur abschöpfen, sondern muss
finanziellen Spielraum für Investitionen
geben – für die Zukunft.

Nun freue ich mich auf die Ausführungen von
Herrn Hoffmann. Vielen Dank!